

/// COVID-19 vs. Wirtschaft-20?

## VON DER GESUNDHEITLICHEN ZUR ÖKONOMISCHEN KRISE

**DANIEL GOTTAL / DAVID STADELMANN** /// Die Corona-Pandemie hat Deutschland in die schwerste Rezession seiner Nachkriegszeit gestürzt. Ein historischer Schulterblick zeigt, dass Vergleiche nur bedingt Orientierung geben und fiskalpolitische Maßnahmen wie staatliche Rettungspakete der Wirtschaft nur temporär Linderung verschaffen können. Wie können Auswege aus der (ökonomischen) Krise aussehen?

Pandemien sind nicht nur biologische Ereignisse. Sie haben substanzielle Auswirkungen auf die öffentliche Gesundheit, die Volkswirtschaft und die Gesellschaft insgesamt. Pandemien und der Umgang damit verstärken das allgemeine Knappheitsproblem von Ressourcen

in der Gesellschaft, das zu jedem Zeitpunkt allgegenwärtig ist.

SARS-CoV-2 (Severe Acute Respiratory Syndrome Coronavirus 2) ist ein neuartiges Virus. Es ist hoch infektiös und kann mit COVID-19 (Coronavirus Disease 2019) einen vielfältigen sowie schweren Krankheitsverlauf verursachen. Für die Behandlung sind Ressourcen auf Intensivstationen und spezialisiertes Fachpersonal erforderlich. Für die Lösung, der durch die Maßnahmen zur Eindämmung von SARS-CoV-2 verursachten ökonomischen und gesellschaftlichen Schäden, müssen substanziell notwendige Mittel mobilisiert werden.

Pandemien haben  
**SUBSTANZIELLE** Auswirkungen auf  
die Volkswirtschaft(en).



Die unerwartete und weltweite Corona-Pandemie hat neben schwerwiegenden gesundheitlichen Auswirkungen auch gravierende wirtschaftliche Folgen. Das öffentliche Leben kam weitestgehend zum Erliegen.

### Pandemien in der Geschichte

Ein Blick in die Geschichte zeigt, dass Infektionskrankheiten und Seuchen integraler Bestandteil der menschlichen Kulturgeschichte sind. Bereits in Homers Ilias ist zu lesen, dass nicht nur Krieg, sondern auch die Pest die Archais existenziell bedrohte. Die bekannteste Epidemie ist wahrscheinlich die Pest oder der „schwarze Tod“ (1346-1353), welche Europa über die Seehäfen des Mittelmeers erreichte. Die damaligen ökonomischen Folgen sind schwer abschätzbar. Es gibt Hinweise, dass das „große Sterben“ angebotsseitig durch Verknappung und Absatzhemmnisse zuerst eine Teuerung und dann einen Preisverfall einläutete. Bei fixen landwirtschaftlichen Nutzflächen impliziert die Logik der malthusianischen Bevölkerungsökonomik jedoch potenziell steigende Pro-Kopf-Einkommen für die überlebende Bevölkerung.

Aus der jüngeren Vergangenheit ist vor allem die Spanische Grippe (1918-20) zu erwähnen. Anhand von statistischen Daten aus Preußen, die 186.000 Gestorbene auf 10 Millionen Infizierte ausweisen, ergäbe sich eine Letalitätssrate von knapp 2%.<sup>1</sup> Die Letalität beschreibt dabei die Anzahl der verstorbenen Erkrankten als Anteil der Zahl der (tatsächlich) erkrankten Fälle, also inkl. asymptomatischer und schwach-symptomatischer Fälle, die teilweise gar nicht gemeldet sind. Die rasche Ausbreitung in mehreren Wellen bewegte die damalige Regierung in Deutschland zu Schulschließungen und das öffentliche Leben stand – ähnlich wie heute – weitgehend still.

Doch ein historischer Vergleich von SARS-CoV-2 mit anderen Pandemien hinkt. So traf beispielsweise die Spanische Grippe auf eine wirtschaftlich partiell autarke Bevölkerung. Noch wäh-

rend des Ersten Weltkriegs (1914-1918) war der Anteil der Subsistenzwirtschaft hoch. Es wurden Kartoffelgärten angelegt, Holz für Küche und Ofen gehackt sowie Haus- und Hofarbeiten in Eigenregie erledigt. Diese relativ wenig vernetzte sowie arbeitsteilige Bevölkerung war jedoch ein Jahrzehnt vor der Entdeckung des Penicillins gesundheitlich fragil und aufgrund der schweren Kriegsjahre geschwächt. Maßnahmen gegen die Krise setzten damals daher an der gesundheitlichen und weniger an der ökonomischen Seite an.

**Krankheiten und Seuchen sind integraler **BESTANDTEIL** der menschlichen Kulturgeschichte.**

Ein Jahrhundert später befinden wir uns in einer umgekehrten Situation. Das Gesundheitssystem der westlichen Demokratien ist robuster geworden. Dies hat dazu geführt, dass die Lebenserwartung im Zeitverlauf stetig anstieg und somit auch der Anteil der älteren Bevölkerung. Insgesamt trifft SARS-CoV-2 heute eine vergleichsweise alte, aber gesundheitlich weitgehend resiliente Bevölkerung, die aber in Folge einer fortgeschrittenen, globalen Arbeitsteilung und Spezialisierung wirtschaftlich „verwundbar“ ist, wohlgerichtet auf dem höchsten, jemals in der Geschichte verzeichneten Wohlstandsniveau.

Bei historischen Vergleichen fehlt oft die „vergessene“ Hongkong-Grippe Ende der 1960er-Jahre, die damals eine



Übersterblichkeit von etwa 40.000 Leben verursachte. Insgesamt erscheinen Bevölkerung und Politik auch eher vergesslich, selbst was kürzlich relevante Epidemien betrifft. Die Grippewelle 2017/2018 forderte innerhalb weniger Monate allein in Deutschland über 25.000 Tote.<sup>2</sup>

### Unsicherheit, Politik und Verschwörungstheorien

Leider besteht noch immer substanzielle Unsicherheit bzgl. der durchschnittlichen Letalität von COVID-19 wie auch über die Sterblichkeit für verschiedene Alters- und Risikogruppen. Die nicht erfassten asymptomatischen und schwach-symptomatischen Fälle dürften nach dem Robert Koch-Institut, auf Basis von Daten aus China, ein Vielfaches der gemeldeten Fälle betragen.<sup>3</sup> Das Robert Koch-Institut machte aufgrund von bestehenden Unsicherheiten Anfang Juli 2020 noch keine eindeutigen Angaben hierzu. Das amerikanische Centers for Disease Control and Prevention gab im Juli 2020 in verschiedenen Planungsszenarien für die Gesamtbevölkerung eine Letalität von 0,65 % an.<sup>4</sup> Die Fachzeitschrift Nature präsentiert Schätzungen dazu von 0,6 bis 1 % und für Deutschland wird eifrig die Heinsberg-Studie diskutiert.<sup>5</sup> Darüber hinaus besteht eine große Unsicherheit über die Zahl der zu erwartenden Infektionen bei verschiedenen Politikmaßnahmen sowie Verhaltensanpassungen der Bevölkerung. Viele Verhaltensanpassungen der Bevölkerung sind teilweise auch weitgehend unabhängig von der Politik.

Diese großen Unsicherheiten drohen kurz- und längerfristig verschiedenen Verschwörungstheorien Vorschub zu leisten. Oft gehen Pandemien und Verschwörungstheorien Hand in Hand. Be-

reits zu den Pestwellen im Spätmittelalter wurden die Juden der Brunnenvergiftung beschuldigt und als Verantwortliche für die von Flöhen über Ratten verbreiteten Seuchen ausgemacht. Selbst Reichsstädte wie Nürnberg, die den Quellen nach von der ersten Pestwelle vollkommen verschont blieben, beteiligten sich an den Progromen, um sich wirtschaftlich zu bereichern.

Als im 19. Jahrhundert die Cholera grassierte, wurde schnell an die alte Brunnenvergiftungslüge angeknüpft. Während der Spanischen Grippe kam die Vermutung auf, dass es sich dabei um deutsches Gift handeln würde, welches deutsche Agenten, die über U-Boote an die amerikanische Ostküste gelangt waren, in öffentlichen Gebäuden aussetzten.<sup>6</sup> Als in den 1970er- und 80er-Jahren mit AIDS eine neuartige und enorm tödliche Viruserkrankung auftauchte, war schnell die amerikanische Regierung als Verantwortlicher ausgemacht. Während der Corona-Pandemie gerieten neben den „üblichen Verdächtigen“ auch Bill Gates, die Weltgesundheitsorganisation und 5G-Sendemasten in das Visier der Verschwörungstheoretiker. All diesen Theorien, die konspirative dunkle Mächte hinter den Ausbrüchen vermuten, ist gemein, dass sie Gruppen, Institutionen und Staaten in den Mittelpunkt stellen, welche die jeweiligen ökonomischen Herrschaftsverhältnisse abbilden.

Unsicherheit leistet **VERSCHWÖRUNGS-**  
**THEORIEN** Vorschub.

### Die ökonomische Krise

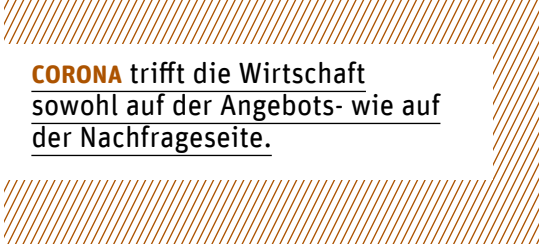
COVID-19 und die gesetzlichen Maßnahmen belasten die Wirtschaft stark. Längerfristige restriktive Maßnahmen ziehen große volkswirtschaftliche Kosten nach sich. Diese wirken über kurz oder lang auch negativ auf die Volksgesundheit, die den Einsatz von Ressourcen erfordert, die wiederum fortlaufend neu erwirtschaftet werden müssen. Eine funktionierende und starke Wirtschaft korreliert auch stark mit einer hohen Lebenserwartung.<sup>7</sup>

Infolgedessen wurde auch der Organismus Wirtschaft infiziert. Je mehr Unsicherheit hinsichtlich Dauer und Schärfe der Maßnahmen herrscht, desto eher drohen Konkurse, Kreditausfälle, Banken-, Schulden- und sogar Staatskrisen. „Ansteckungsgefahr“ sollte nicht nur auf die Gesundheit der Bürger bezogen werden, sondern ebenso auf die Gesundheit von Unternehmen, Finanzdienstleistern, Staaten und damit der Gesellschaft insgesamt. Dies war bereits eine der Lehren aus der Finanz- und der daraus resultierenden Eurokrise (2010-2012).

Die aktuellen Beschränkungen treffen die Wirtschaft sowohl auf der Angebots- wie auf der Nachfrageseite. Die Produktionsmöglichkeiten der Unternehmen werden eingeschränkt, wenn die Beschäftigten nicht mehr in vollem Umfang arbeiten können, sei es aus Krankheit oder aufgrund der mit den Maßnahmen verbundenen Einschränkungen und Ängste. Wirtschaftspolitische Maßnahmen wie im Zuge der Finanzkrise (2007-2009), die im Sinne des Keynesianismus versuchten, durch antizyklische Geld- und Fiskalpolitik Impulse zu setzen, greifen weniger, wenn es neben einer Nachfragekrise auch eine Angebotskrise gibt. Sprich: Wenn die

Unternehmen aufgrund von staatlichen Auflagen nur erschwert produzieren können und Dienstleistungen nur in eingeschränktem Ausmaß angeboten werden, verpufft ein Teil der staatlichen Nachfragepolitik.

Wirtschaftspolitische Maßnahmen des Bundes sowie des Freistaates Bayern zielen darauf, wenigstens temporär Linderung zu verschaffen. Sie können auch einen Teil des Nachfrageeinbruchs stabilisieren. Die jetzt gesetzten Nachfragemaßnahmen des Bundes übersteigen sogar die Ausgaben während der Finanzkrise 2008 bereits um ein Vielfaches und auch die Nettokreditaufnahme Bayerns hat sich substanziell erhöht.



**CORONA trifft die Wirtschaft**  
sowohl auf der Angebots- wie auf  
der Nachfrageseite.

Die Aufrechterhaltung der Höhe der Staatsausgaben oder deren Erhöhung während der Krise wirkt jedoch nur teilweise stabilisierend auf die wirtschaftliche Aktivität. Wichtige Staatsleistungen können von den Bürgern nur beschränkt in Anspruch genommen werden. Der Unterricht an Schulen und Universitäten ist eingeschränkt, die Kita-Nutzung ist komplizierter, Museen sind geschlossen und viele Kulturveranstaltungen finden nicht mehr oder nur eingeschränkt statt. Während die Staatsausgaben zwar stabil bleiben oder sogar erhöht werden, ist der tatsächliche Wert der erstellten staatlichen Leis-

tungen im Vergleich zu vor der Krise gesunken. Der effektive wirtschaftliche und gesellschaftliche Verlust wird also teilweise schön gerechnet. Richtig ist: Aufgrund von SARS-CoV-2 sind privater Konsum, Investitionen, Exporte, aber insbesondere auch der Wert der Staatsleistungen eingebrochen.

Kurz- und mittelfristige Folgen für die Wirtschaft sind schwer absehbar und hängen von der Entwicklung der gesundheitlichen Krise, aber auch vom Verhalten der Regierungen ab. Die Europäische Kommission ging im Juli 2020 von einem massiven Rückgang der Wirtschaftsleistung in der Eurozone in Höhe von 8,7% aus.<sup>8</sup> Dabei zeigen sich Unterschiede zwischen den einzelnen Staaten. Für Spanien, Italien und Frankreich wird mit Rückgängen des Bruttoinlandsprodukts von über 10% gerechnet. Deutschland kommt mit einem Minus von 6,3% vergleichsweise glimpflich davon. Auch hier ein Vergleich: 2009 auf dem Höhepunkt der Weltfinanzkrise schrumpfte die deutsche Wirtschaft gerade einmal um rund 5%. Es dauerte mehrere Jahre, bis sich Deutschland und die Europäische Union (EU) von diesem Schock erholten.

Neben der Wirtschaftsleistung ist zudem die Arbeitslosigkeit betroffen. Hier mangelt es an Transparenz, da der massive Anstieg der Kurzarbeit sich nicht in der ausgewiesenen Arbeitslosigkeit widerspiegelt. Richtig wäre, Unterbeschäftigung insgesamt zu messen, also Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit zusammen zu analysieren. Für 2021 ist die EU-Kommission noch optimistisch und rechnet mit vergleichsweise hohen Wachstumsraten, natürlich immer unter der Annahme, dass es keine zweite Welle an Infektionen und Maßnahmen geben wird.

Um auf einen Wachstumspfad zu gelangen, stellte die Europäische Kommission am 27. Mai 2020 einen Europäischen Aufbauplan vor. Dabei werden zwei Ziele verfolgt: Aufstockung des langfristigen EU-Haushalts (2021-2027) auf 1.100 Milliarden sowie Verabschiedung eines 750 Milliarden Euro schweren Aufbauinstruments (2021-2024) mit dem Namen „Next Generation EU“. Laut EU-Kommission sollen mehr als 80% der Mittel in öffentliche Investitionsprogramme und Strukturreformen der einzelnen Mitgliedsstaaten fließen, die von der Krise am stärksten betroffen sind und wo der „Resilienzbedarf“ am größten ist. Der Plan sieht vor, dass sich die Staaten auf das Geld mit konkreten Plänen bewerben und an wirtschaftspolitische Empfehlungen der Kommission halten müssen, welche mit den übergeordneten EU-Zielen Klimaschutz, Digitalisierung und Modernisierung der Wirtschaft in Einklang stehen.

### **Die Europäische Kommission legt einen „WIEDERAUFBAUFONDS“ an.**

Die Corona-Krise hat das Potenzial, Vieles in der Wirtschaft nachhaltig zu verändern. Derzeit ist die Antwort der EU und der meisten Regierungen auf die Krise, Hilfe für möglichst alle Bürger und Unternehmen über eine Stimulierung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage mit Ausgabenprogrammen und möglichen Geldspritzen der Zentralbank zu leisten. Doch diese Politik könnte

scheitern. Die anvisierte Hilfe für alle ist teuer und belastet ebenso alle. Die Nachfragepolitik zielt angesichts von Angebotsbeschränkungen und grundlegender Unsicherheit ins Leere. Die verpufften Staatsausgaben von heute sorgen über die hohe Staatsverschuldung für eine höhere Steuerlast von morgen.

### Wege aus der Krise

Nach einer ersten Schockphase sind es die Bürger freiheitlich-demokratischer Gesellschaften gewohnt, verschiedenste Güterabwägungen zu treffen. Es kommt im Regelfall über die Zeit zu einer Rationalisierung des Diskurses und gesundheitliche, finanzielle, gesamtwirtschaftliche und andere Risikofaktoren werden vergleichend betrachtet, sowie gegeneinander abgewogen. Das Ziel wäre eine schnelle Rückkehr zu guten und gesunden wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und medizinischen Verhältnissen. Angesichts der grundlegenden Ungewissheit kann das aber keine staatliche Planung leisten, denn die Zusammenhänge sind zu komplex und dynamisch. Daher bedarf es größtmöglicher Flexibilität, Eigenverantwortung und einer freiheitlichen Orientierungssuche – natürlich bei angemessener sozialer Absicherung.

Aufgrund der starken Belastung der Wirtschaft sowie der Ungewissheit über die Zukunft gilt es, zusätzliche Ressourcen zu mobilisieren. Bei SARS-CoV-2 haben sich die Regierungen stark und eng auf einzelne Aspekte fokussiert, insbesondere die hohe Zahl der Toten „im Zusammenhang mit SARS-CoV-2“ sowie „die Überforderung des Gesundheitswesens“. Bei vielen gesellschaftlichen Fragen steht normalerweise nicht nur die Zahl an Todesfällen im Vordergrund.

Wer die Krankheit hatte, hat gewisse Abwehrkräfte. Die aktuelle Evidenz medizinischer Forschung legt nahe, dass nachgewiesene Antikörper ein Korrelat einer gewissen Immunität gegen die Krankheit darstellen dürften.<sup>9</sup> Immunität kann eine wertvolle Ressource im Kampf gegen SARS-CoV-2 sein. Sie ist in vielen Branchen wichtig, insbesondere in der organisierten und familiären Pflege, bei intensiven Auslandsbeziehungen und in allen Berufen mit engem Kundenkontakt. Diese Ressource muss daher gesucht und gefunden werden.

**IMMUNITÄT ist eine wertvolle Waffe  
im Kampf gegen SARS-CoV-2.**

Dies kann u. a. mit Antikörpertests erfolgen. Immunisierte sollten wissen, dass sie immun sind, und dies anderen glaubwürdig kommunizieren können. Ein unzureichender Beobachtungszeitraum von SARS-CoV-2 sorgt noch dafür, dass nachgewiesene Antikörper keine Rückschlüsse auf eine Dauer von über sechs Monaten erlauben. Wir brauchen ein verlässliches Zertifikat über nachgewiesene Antikörper oder die Genesung nach überstandener Krankheit.<sup>10</sup> Mögliche ökonomische Vorteile durch ein Immunitätszertifikat können als Kompensation einer Erkrankung und der damit verbundenen Leiden und Risiken angesehen werden.

Die wirtschaftliche Aktivität bleibt durch die bestehenden staatlichen Maßnahmen weiter eingeschränkt, zudem

## Der **ABBAU** von Überregulierungen setzt neue Ressourcen frei.

sind neue bürokratische Auflagen neben regionalen Lockdowns nicht auszuschließen. Sie wirken wie Regulierungen im Allgemeinen negativ auf das Güter- und Dienstleistungsangebot. So führt z. B. eine zu restriktive Regulierung im Pharmabereich zu weniger Pharmazeutika, Innovation und einer Auslagerung der Produktion. Umgekehrt führt eine Befreiung von Regulierungen zu einem Produktivitätsschub. Nicht alle Vorschriften sind notwendigerweise überzogen, denn sie haben ja auch eine Schutzfunktion. Trotzdem gilt es, alle diesbezüglichen Aspekte und Konsequenzen für die Bürger zu analysieren und durch den Abbau überzogener Regulierungen neue Ressourcen frei zu machen.

Bereits eine glaubwürdige Ankündigung eines zukünftigen Abbaus von Überregulierung hat einen positiven Effekt. Das bietet Chancen für die Zukunft. Viele Verkrustungen wurden erst

durch die Krise sichtbar und Regierungen könnten den Abbau dieser jetzt bereits in Aussicht stellen. Letztlich wurde mittels der Krise ebenfalls erkannt, dass nicht jeder gesellschaftlich proklamierte „Notstand“ auch ein solcher ist. ///



### ///**DANIEL GOTTAL**

ist Mitarbeiter am Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre der Universität Bayreuth und Alumnus der Hanns-Seidel-Stiftung.



### ///**PROF. DR. DAVID STADELMANN**

ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Bayreuth.



---

## Anmerkungen

- <sup>1</sup> Vasold, Manfred: Pest, Not und schwere Plagen. Seuchen und Epidemien vom Mittelalter bis heute, München 1991, S. 272.
- <sup>2</sup> Robert Koch-Institut: Bericht zur Epidemiologie der Influenza in Deutschland Saison 2018/19, Berlin 2019, S. 8.
- <sup>3</sup> Robert Koch-Institut: SARS-CoV-2 Steckbrief zur Coronavirus-Krankheit-2019 (COVID-19), [https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges\\_Coronavirus/Steckbrief.html#doc13776792bodyText13](https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges_Coronavirus/Steckbrief.html#doc13776792bodyText13), Stand: 10.7.2020.
- <sup>4</sup> Centers for Disease Control and Prevention: COVID-19 Pandemic Planning Scenarios, <https://www.cdc.gov/coronavirus/2019-ncov/hcp/planning-scenarios.html>, Stand: 10.7.2020.
- <sup>5</sup> Mallapaty, Smriti: How deadly is the coronavirus? Scientists are close to the answer, in: Nature 582/2020, S. 467-468. Dabei ist zu erwähnen, dass die von Nature zitierte Studie für Deutschland im Original eine geschätzte Letalität von 0,36 % angibt (siehe <https://doi.org/10.1101/2020.05.04.20090076>, Stand: 6.7.2020), während im Nature Artikel 0,28 % erwähnt werden.
- <sup>6</sup> Mergel, Klaus: Seuchen und ihre Verschwörungstheorien, in: Münchner Merkur, 4.6.2020, S. 3.
- <sup>7</sup> Jetter, Michael / Laudage, Sabine / Stadelmann, David: The Intimate Link Between Income Levels and Life Expectancy: Global Evidence from 213 Years, in: Social Science Quarterly 100/2019, S. 1387-1403.
- <sup>8</sup> Europäische Kommission: Wirtschaftsprognose Sommer 2020: Noch tiefere und uneinheitliche Rezession, Brüssel 2020.
- <sup>9</sup> Kirkcaldy, Robert D. / King, Brian A. / Brooks, John T.: COVID-19 and Postinfection Immunity: Limited Evidence, Many Remaining Questions, in: JAMA 323/2020, S. 2245-2246.
- <sup>10</sup> Eichenberger, Reiner / Hegselmann, Rainer / Savage, David A. / Stadelmann, David / Torgler, Benno: Certified Coronavirus Immunity as a Resource and Strategy to Cope with Pandemic Costs, in: Kyklos, im Erscheinen/2020, <https://doi.org/10.1111/kykl.12227>